

Aktuelle Lage Ukraine / Russland Konflikt:

Vereinbarung weiterer Schritte zur Sanktionierung und Reaktionen der Bundesregierung

Präsident Putin hat den Krieg zurück auf den europäischen Kontinent gebracht und sich damit auf die falsche Seite der Geschichte gestellt. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für die gewaltsame Änderung international anerkannter Grenzen. Dies hat die euro-atlantische Sicherheitslage grundlegend verändert.

Wir sind fest entschlossen, Frieden und Stabilität und das Völkerrecht zu schützen. Wir sind gemeinsam mit unseren Partnern geeint in unserer Unterstützung für das ukrainische Volk und seine demokratisch gewählte Regierung.

Darum haben Deutschland, die Europäische Union und die G7 strikte und abgestimmte wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen Russland verhängt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung massiv in eine leistungsfähige Bundeswehr investieren, die ein friedliches und souveränes Europa schützt. Die Einigkeit unter den westlichen Verbündeten zeigt eine Entschlossenheit im gemeinsamen Kampf für Frieden und Stabilität in Europa und der Welt.

Deutschland und seine verbündeten Partner haben in der vergangenen Woche in mehreren Schritten umfangreiche Sanktionen gegen Russland verhängt. **Hierzu gehörten insbesondere Sanktionen gegen Individualpersonen, ein Handelsembargo gegen die selbsterklärten „Volksrepubliken“ in der Ostukraine, Handelsverbote für russische Staatsschulden und weitere Finanzsanktionen sowie Exportrestriktionen.** Bereits diese Sanktionspakete sind von einem bislang unbekanntem Ausmaß und Folgen für die wirtschaftliche Basis von Präsident Putins Handeln. Die Partner werden ihre Maßnahmen weiter präzisieren und nehmen dabei auch Belarus in den Blick.

In Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe der russischen Streitkräfte in der Ukraine haben sich am Abend des 26.02.2022 die Staats- und Regierungschefs der wirtschaftlich stärksten Demokratien und der EU darauf verständigt, weitere **harte Finanz-Sanktionen** gegen Russland zu verhängen. **So werden ausgewählte russische Banken vom internationalen Zahlungsdienstleistungssystem und Banken-Kommunikationssystem SWIFT ausgeschlossen.** Damit werden diese Institute von den internationalen Finanzströmen abgeklemmt; sie können faktisch am internationalen Zahlungsverkehr nicht mehr teilnehmen, was ihr globales Agieren massiv einschränken wird. Wichtig ist, dass die Maßnahmen auf den russischen Staat zielen, es russischen

Personen in der ganzen Welt weiterhin möglich bleibt, ihre Familien zu unterstützen. Auch bleiben dadurch politisch gewollte Zahlungen (z.B. für humanitäre Güter wie Lebensmittel, Medizin, Medikamente oder zivilgesellschaftliche Projekte) weiterhin möglich.

Mit dem Sanktionspaket schneiden wir die betroffenen russischen Banken und Staatsunternehmen von der internationalen Finanzierung ab. Wir verhindern den Export von Zukunftstechnologie nach Russland. Und wir nehmen die **Oligarchen und ihre Geldanlagen** in der EU ins Visier. Hinzu kommen die Strafmaßnahmen gegen Putin und Personen in seinem direkten Umfeld und Einschränkungen bei der Visavergabe für russische Offizielle. Insbesondere die Möglichkeit wohlhabender Russinnen und Russen, sich und ihren Familienangehörigen einen sogenannten goldenen Pass und damit eine europäische Staatsbürgerschaft zu verschaffen, werden beendet. Darüber hinaus haben die Partner beschlossen, den Zugriff der russischen Zentralbank auf ihre internationalen Devisenreserven massiv einzuschränken.

Damit die Sanktionen noch besser wirken können, wird zügig eine **Arbeitsgruppe mit Vertretern der USA und der Europäischen Union** eingesetzt, die bei Bedarf mit neuen oder weiterentwickelten Maßnahmen reagieren kann.

Klar ist: diese Sanktionen werden **nicht über Nacht zu einer Kursänderung Putins führen.** Doch die russische Führung wird den hohen Preis, den sie für ihr kriegerisches Verhalten zahlen muss, spüren – und spürt sie sogar jetzt schon. Allein in der letzten Woche **haben russische Börsenwerte um über 30 Prozent nachgegeben.**

Die getroffenen Maßnahmen verdeutlichen: Wenn es darauf ankommt, steht die internationale Gemeinschaft solidarisch zusammen und setzt alles daran, Frieden zu sichern. Die Länder betonten ihre Bereitschaft, weitere Maßnahmen zu gemeinsam zu entwickeln und zu ergreifen, sollte Russland seinen Angriff gegen die Ukraine und damit gegen die europäische Friedensordnung nicht beenden.

Eine große Herausforderung liegt darin zu verhindern, dass **Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift.** Das bedeutet für Deutschland: Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO und damit zu unseren Alliierten in Mittel- und Osteuropa, die sich um ihre Sicherheit sorgen. **Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, wird getan.** Die Bundeswehr hat daher ihre Unterstützung für die östlichen Bündnispartner ausgeweitet und wird dies weiter tun. Die Truppe in Litauen wurde aufgestockt, der Air Policing Einsatz in Rumänien ausgeweitet und verlängert und die Marine unterstützt mit zusätzlichen Schiffen in der Ostsee und am Mittelmeer. Wir wollen uns zudem am Aufbau einer Nato-Einheit in der Slowakei beteiligen und sind bereits, uns mit Luftabwehrraketen an der Verteidigung des Luftraums unserer Alliierten in Osteuropa zu beteiligen.

Dazu bedarf es in Deutschland einer leistungsfähigen, hochmodernen, fortschrittlichen Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. Klar ist: Wir werden deutlich mehr investieren müssen in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Wir brauchen bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das

kostet Geld. Dafür werden wir ein **Sondervermögen „Bundeswehr“** einrichten, welches im Bundeshaushalt **2022 einmalig mit 100 Mrd. Euro** ausgestattet wird, um die notwendigen Investitionen und Rüstungsvorhaben zu finanzieren. Dieses werden wir im Grundgesetz absichern. Wir werden von nun an jährlich mehr als **zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes in unsere Verteidigung** investieren.

Die Bedrohung unserer eigenen Sicherheit lässt sich nicht nur durch die Bundeswehr verteidigen. Wir brauchen ebenfalls eine **starke Entwicklungszusammenarbeit** und eine Stärkung unserer technischen und gesellschaftlichen Resilienz. Und wir müssen technologisch auf der Höhe der Zeit bleiben.

Diese Krise bedroht zudem die Energieversorgung. Daher werden wir umsteuern und unsere Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten überwinden. Eine verantwortungsvolle, vorausschauende Energiepolitik ist ebenfalls entscheidend für unsere Sicherheit und nicht nur für unsere Wirtschaft und unser Klima. Darum werden wir mehr tun, um eine sichere Energieversorgung unseres Landes zu gewährleisten und den Ausbau erneuerbarer Energie vorantreiben. Wir haben zudem beschlossen, die Speichermenge an Erdgas über sogenannte Long Term Options um zwei Milliarden Kubikmeter zu erhöhen. Zudem werden wir – rückgekoppelt mit der EU - zusätzliches Erdgas auf den Weltmärkten erwerben. Und schließlich haben wir die Entscheidung getroffen, zwei Flüssiggas-Terminals, LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven schnell zu bauen

In dieser Krise zeigt sich eines deutlich: Unsere größte Stärke sind unsere Bündnisse und Allianzen! Wenn wir wollen, dass vergangenen Jahre des Wohlstands und Friedens keine historische Ausnahme bleiben, dann müssen wir alles tun für den Zusammenhalt der Europäischen Union, für die Stärke der NATO, für noch engere Beziehungen zu unseren Freunden, Partnern und Gleichgesinnten weltweit.